Zeichen der Zeit : Bush-Doktrin oder Völkerrecht?

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **96 (2002)**

Heft 10

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Bush-Doktrin oder Völkerrecht?

«Wenn die Vereinigten Staaten sich auch stets bemühen werden, die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu gewinnen, werden wir nicht zögern, allein zu handeln und, falls erforderlich, unser Recht auf Selbstverteidigung auszuüben, indem wir präventiv gegen Terroristen vorgehen, um sie davon abzuhalten, unserem Volk und unserem Land Schaden zuzufügen.» So steht es im Bericht «Die nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika», mit dem *Präsident Bush* am 17. September die Hegemonie-Ansprüche der USA bekräftigt hat. Präventivschläge werden damit gerechtfertigt, dass Angriffsabsichten von «Terroristen» und «Schurkenstaaten» nicht im voraus erkennbar seien. Ja, Amerika werde «intervenieren, noch bevor sich die Bedrohung konkretisiert». Mit dieser Logik kann George W. Bush jedem angeblichen «Terroristen» oder «Schurkenstaat» jederzeit die Angriffsabsichten unterstellen, die sonst niemandem erkennbar sind. Mit dieser Logik will Bush auf Verdacht hin auch seinen Krieg gegen den Irak lancieren, koste es, was es wolle – die 50 bis 200 Milliarden Dollar, die ihm sein Wirtschaftsberater Lawrence Lindsay vorrechnet, schlimmer noch: unzählige Menschenleben, die unter dem Unwort «Kollateralschäden» in Kauf genommen werden, und nicht zuletzt: die Autorität der UNO, der Völkergemeinschaft, des Völkerrechts.

UNO oder USA – Recht oder Gewalt?

Es ist eine besondere Tragödie, dass ein Land wie die USA, das sich als Rechtsstaat versteht, die *rule of law* missachtet, wenn sie von der *Völkergemeinschaft* ausgeht. Ist Recht denn nur, was Gesetzgeber und Gerichte des eigenen Landes als Recht setzen und anwenden? Steht das Völkerrecht zur Disposition der Macht? Gilt da eine Bush-Doktrin, die besagt, dass die letzte verbliebene Supermacht «souveräner» ist als alle anderen «souveränen» Staaten?

Mit der *UNO-Charta* hat der Krieg aufgehört, ein völkerrechtlich zulässiges Mittel der Politik zu sein. Art. 2 Ziff. 4 verbietet den Staaten die «Androhung oder Anwendung von Gewalt», und zwar unabhängig vom «gerechten Grund», den eine Konfliktpartei für sich reklamieren möchte. Gewalt zur Durchsetzung des Rechts steht einzig und allein dem *Sicherheitsrat* zu. Nur wenn dieser nicht willens oder in der Lage ist, «die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Massnahmen» zu treffen, haben die betroffenen Staaten «das naturgegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung» (Art. 51).

Was heisst das im Fall des *Saddam Hussein?* Dass dieser sich um das Völkerrecht futiert, dass er einen achtjährigen Krieg gegen den Iran führte und dazu ein Biowaffenprogramm entwickelte – beides mit tatkräftiger Unterstützung der USA –, dass er Senfgas gegen die eigene kurdische Bevölkerung einsetzte, dass er Kuweit überfiel, dass er heute «Märtyrerprämien» für die Hinterbliebenen von palästinensischen Selbstmordattentätern ausrichtet, das alles wissen wir. Ein «Schurke» war Saddam schon immer. Sein schlimmstes Verbrechen aber scheint zu sein, dass er nicht mehr Amerikas «Schurke» ist.

Der Sicherheitsrat hatte nach dem 2. Golfkrieg mit der Resolution 687 die *Fahndung nach Massenvernichtungswaffen* im Irak verfügt. Die UNO-Inspektoren arbeiteten während knapp acht Jahren mit einigem Erfolg. Sie stiessen auf Nuklearfabriken, auf fast 40 000 chemische Sprengköpfe und auf mehr als 800 Scud-Raketen. 1998 hat Saddam die Inspektoren vertrieben, mit der allerdings nicht ganz abwegigen Begründung, dass unter den Inspektoren auch CIA-Agenten gewesen seien. Jedenfalls war der amerikanische Geheimdienst über diese Inspektionen jeweils besser und schneller informiert als die UNO-Zentrale. Inzwischen gibt es amerikanische und britische Dossiers, die beweisen wollen, dass Saddam wieder über ein ganzes Arsenal an chemischen und biologischen Waffen verfüge. Diese Dossiers rechtfertigen allenfalls neue Waffeninspektionen, aber gewiss nicht den Krieg, den Bush will.

Unter dem Druck der *Weltöffentlichkeit* und nach der Ankündigung aus Riad, dass *Saudi-Arabien* sich einer UNO-Aktion gegen den Irak nicht verschliessen könne, ist Saddam heute wieder bereit, UNO-Inspektoren ins Land zu lassen. *Hans Blix,* der Chef der UNO-Abrüstungsmission im Irak, meint: «Die Inspektionen könnten in einem Jahr abgeschlossen sein, und das Land hätte eine Chance, wieder in die Weltgemeinschaft aufgenommen zu werden – wenn wir nicht fündig werden» (Spiegel, 39/02). Das geht Bush aber viel zu lang. Er hat schon längst beschlossen, einen Enthauptungsschlag gegen Saddam zu führen.

Und was, wenn der Sicherheitsrat nichts oder im Sinne der USA nicht genug unternimmt? Kann Bush dann für die USA das Recht auf «Selbstverteidigung» reklamieren? Selbstverteidigung gegen einen Angriff, der irgendeinmal drohen könnte? Das wäre kein Verteidigungs-, sondern ein *«Präventivkrieg»,* der das Völkerrecht eindeutig verletzte.

Abenteuerlich wären die politischen Folgen für *andere Konfliktherde.* Es gibt genügend Potentaten, die offene Rechnungen mit einem «Präventivschlag» begleichen möchten. Russlands Putin propagierte eben noch einen Angriff auf Georgien als «Akt der Selbstverteidigung» (TA 13.9.02). Indien könnte mit gleicher Begründung Pakistan angreifen. Und China könnte versucht sein, einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans auf diese Weise zuvorzukommen.

Wie anders als durch «antizipatorische Selbstverteidigung» aber kann ein Land sich gegen *Terrorismus* wehren, der ja plötzlich und ohne Vorwarnzeit zuschlägt? Die Frage ist falsch gestellt. Erstens gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass Saddam Terrorakte gegen die USA unterstützen würde. Zweitens hilft gegen Terrorismus kein Krieg, wie das Beispiel Afghanistan zeigt. Gegen Kriminelle gibt es drittens und rechtens nur die Strafverfolgung. Wer Krieg gegen sie führt, macht sie zu Kombattanten und spielt damit ihr Spiel.

Was soll ein UNO-Krieg gegen den Irak?

Ein *UNO-Mandat* wäre unabdingbar, um militärische Sanktionen gegen den Irak zu legitimieren. Aber wäre es auch hinreichend, um sie rechtlich, politisch oder gar moralisch zu rechtfertigen?

Selbst wenn der Sicherheitsrat den USA grünes Licht für einen Militärschlag gegen das Regime von Saddam Hussein gäbe, stünde ein solcher Beschluss nicht ohne weiteres im Einklang mit der UNO-Charta. Diese kennt nämlich *keine Generalermächtigung,* durch die der Sicherheitsrat irgendwelchen Staaten erlauben dürfte, im Namen der UNO Krieg zu führen. Es ist der Sicherheitsrat, der Sanktionen ausspricht, durchführt und für beendet erklärt (Art. 42). Die Staaten haben ihm zu diesem Zweck «Streitkräfte» zur Verfügung zu stellen (Art. 43f.). Seit dem letzten Golfkrieg passiert jedoch das genaue Gegenteil: Der

Sicherheitsrat «autorisiert» die USA und deren «Alliierten» zu einer neuen Art von «gerechtem Krieg». Der Sicherheitsrat gibt damit das Heft aus der Hand, er kann nicht einschreiten, wenn die Kriegführung alle Proportionen sprengt, und er hat keine Befehlsgewalt, um der verbliebenen Supermacht einen Waffenstillstand oder das Kriegsende zu diktieren.

Soll sich das Desaster vom Frühjahr 1991 wiederholen, als der Irak während 40 Tagen mit 100 000 «chirurgischen Eingriffen» bombardiert wurde, die wenigstens 300 000 Tote hinterliessen? *Colin Powell,* der als besonnen geltende heutige US-Aussenminister, führte als damaliger Stabschef der US-Armee einen eigentlichen Vernichtungskrieg gegen die irakische Armee. Traurige Berühmtheit erlangte sein Wort, er wolle die 500 000 irakischen Soldaten erst einmal (von ihren logistischen Verbindungen) «abschneiden und dann töten (kill)» (TA 25.1.91). Der US-amerikanische Soziologe *Norman Birnbaum* verwies auf eine beängstigende Kontinuität des Genozids in der US-amerikanischen Politik: «Das amerikanische Niedermetzeln der bereits fliehenden irakischen Armee, deren Regierung schon um Frieden nachsuchte, war gekennzeichnet von der gleichen Noblesse wie das Abschlachten der Indianer» (Spiegel,18.3.91).

Der Sicherheitsrat hatte sich der Möglichkeit begeben, die von ihm erlaubten Kampfhandlungen auf ihre *Verhältnismässigkeit* zu prüfen. Er handelte insofern nicht mehr «im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen» (Art. 24 Abs. 2). Es sieht ganz so aus, als würde er unter dem Druck der USA zu einer Wiederholung dieser Tragödie Hand bieten. «Die UNO muss sich entscheiden, ob sie Durchsetzungskraft zeigen will», pflegt Bush zu sagen, wenn er die Weltorganisation mit seinen Ultimaten eindeckt, als sei er ihr oberster Auftraggeber und Kriegsherr.

Eine sowohl *ethische* als auch *politische Frage* betrifft das *Ziel* des geplanten Militärschlags. Geht es um die Beseitigung Saddam Husseins? Aber wer soll an dessen Stelle treten? Und mit welcher Legitimation? Die von Washington hofierten Exilgruppen verfügen über keinen Rückhalt in der irakischen Bevölkerung. Darum rechnen Nahost-Experten damit, dass 100 000 Soldaten während fünf Jahren im Land für Ruhe und Ordnung sorgen müssten.

Oder geht es um den viel beschworenen *«Krieg gegen den Terrorismus»?* Genau diesen Krieg könnte verlieren, wer den Krieg gegen Saddam Hussein gewinnt. Demütigung schafft Feinde. Gegen Selbstmordattentäter hilft keine noch so hochgerüstete Invasionsarmee.

Oder geht es nur ums *Erdöl?* Schon Vater Bush hatte den 2. Golfkrieg um diese wirtschaftliche Lebensader des *American Way of Life* geführt. Mit Bush jr. haben erneut die Ölhändler die Macht übernommen, die ja auch seinen Wahlkampf finanzierten. Bereits der Afghanistankrieg wurde um Öl und Gas geführt. Jetzt geht es um die Ausbeutung der zweitgrössten Erdölreserven der Welt. Der Chef des US-Geheimdienstes, James Woolsey, plauderte kürzlich gegenüber der Washington Post aus der Schule, dass die «USA alles in ihren Kräften Stehende tun werden, damit die neue irakische Regierung und die US-Ölgesellschaften gut zusammenarbeiten werden». Und dafür soll die UNO eine Kriegs- und Tötungslizenz ausstellen?

Die Gegenfrage sei erlaubt: Was könnte mit den 50 bis 200 Milliarden Dollar gemacht werden, wenn sie statt in den Krieg in den *Frieden im Nahen Osten* investiert würden? Oder in die *Sonnenenergie,* die den Krieg um Öl erst recht als antiquiert erscheinen liesse? Aber solche Überlegungen würden Herrn Bush überfordern. Für den «terrible simplificateur» reduziert sich alles auf einen «Konflikt zwischen Gut und Böse». Am Ende glaubt er noch selbst daran. •